

Editorial

Zur wirtschaftlichen Lage in Österreich: Konjunkturerholung in einer säkularen Stagnation

Bei vielen österreichischen Unternehmern und ihren Funktionären ist das Jammern notorisch. Kein Tag ohne neue Schreckensmeldung über lähmende Rahmenbedingungen für die im internationalen Wettbewerb stehenden Betriebe, das Zurückfallen des Standorts in immer wieder neu zusammengewürfelten *Rankings* und durchgängig düstere Zukunftsaussichten. Wie so oft bringt das Sprichwort die Sachlage auf den Punkt: Jammern ist des Kaufmanns Gruß.

Des Kaufmanns Gruß bringt nämlich nicht nur eine Stimmung zum Ausdruck, sondern verbindet damit auch eine Absicht, und zwar jene, in Geschäftsbeziehungen möglichst viel für sich selbst herauszuholen. Etwa in den Lohnverhandlungen, während derer die Branche als knapp vor dem Zusammenbruch dargestellt wird, um nach erfolgter Einigung umso üppigere Dividenden ausschütten zu können. Oder im politischen Ringen um die Reform des Steuersystems, wo die Millionäre umfangreiche Entlastungen fordern, weil sie im Vergleich zu den Eliten anderer Länder benachteiligt seien. Diese gefühlte Benachteiligung geht noch weiter. Österreichs Unternehmervertreter beobachten täglich, was im Zuge der Finanz-, Staatsschulden- und Arbeitslosigkeitskrise in Europa alles an euphemistisch als Strukturreformen bezeichneten Rückschritten möglich war: etwa eine Zerschlagung kollektivvertraglicher Lohnverhandlungssysteme, die unter tatkräftiger Mithilfe der EU-Instanzen in den südeuropäischen Krisenländern durchgezogen wurde; oder massive Einschnitte in die soziale Pensionsversicherung, die Arbeitslosenversicherung oder die öffentliche Gesundheitsversorgung, die zu einem drastischen Rückgang des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten geführt haben. Dieser soziale Rückschritt beschränkte sich nicht auf die Krisenländer, sondern wurde von den Neokonservativen in allen Parteien auch in den wirtschaftlich besser dastehenden Ländern umgesetzt. Man denke nur an die katastrophalen Kürzungen im öffentlichen Pensionssystem oder der sozialen Absicherung der Langzeitarbeitslosen, die in Deutschland unter der rot-grünen Bundesregierung zu einem riesigen Niedriglohnsektor und einer dramatischen Zunahme der sozialen Ungleichheit entscheidend beigetragen haben.

Österreich macht EU-weiten sozialen Rückschritt nicht mit

All das gab es in Österreich in diesem Ausmaß bislang nicht. Zwar dominierten in den letzten Jahren auch bei uns Konsolidierungspolitik und Kürzungsrhetorik, doch die ArbeitnehmerInnenbewegung war zumindest in der Defensive recht gut aufgestellt. Sie kann deshalb auf den Erhalt kollektivvertraglicher Lohnverhandlungssysteme für 98% der Beschäftigten, auf eine soziale Pensionsversicherung, die den Lebensstandard im Alter nach wie vor weitgehend garantiert, oder auf einen funktionsfähigen Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen verweisen, der den Menschen Sicherheit gibt, positive Verteilungswirkungen aufweist und eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Stabilität des Landes spielt. Sie hat zudem den einen oder anderen offensiven Vorstoß auf der Habenseite zu verbuchen: etwa den zügigen Ausbau von Kindergärten, Krippen und Ganztagschulen, der zur Chancengleichheit für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten beiträgt oder den Aufbau eines sozialen Pflegesystems, das die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht im Alter noch einmal drastisch zutage treten lässt. Das Festhalten an den Grundpfeilern des Wohlfahrtsstaates wurmt die Herren in den Chefetagen, die neidvoll beobachten, was in anderen Ländern Europas alles geht.

Ausrüstungsinvestitionen ziehen an

Man mag das notorische Jammern des Kaufmanns als übeln, aber doch zulässigen Teil einer interessenpolitischen Verhandlungsstrategie wahrnehmen, aber höchst gefährlich ist es auf jeden Fall. Denn allzu leicht kann miese Stimmung zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden. Reden einander die Unternehmer ein, dass der Standort miserabel, die Lage schlecht und die Aussichten düster sind, dann schieben sie Investitionen auf. Fehlende Investitionen würden – verstärkt um die damit verbundenen Folgewirkungen – die wirtschaftliche Lage dann tatsächlich entscheidend beeinträchtigen.

Doch die heimischen Unternehmen nehmen ihren defätistischen Gruß offensichtlich selbst nur eingeschränkt ernst. Zwar ist die Investitionsquote seit dem Jahr 2000 merklich von gut 25% des BIP auf zuletzt nur noch 22,4% zurückgegangen; doch der Rückgang war weniger stark ausgeprägt als in der EU, und die heimische Investitionsquote liegt um gut zwei Prozentpunkte über dem Niveau der Eurozone oder auch Deutschlands. Die deutsche Wirtschaft müsste um etwa 70 Mrd. Euro pro Jahr mehr investieren, um das österreichische Niveau zu erreichen. Österreichs Unternehmen investieren vor allem relativ viel in

Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge, IKT-Ausrüstungen etc.), deren Dynamik stark vom Export und der Auslastung der Industrie bestimmt wird. Dieses wichtige Segment der Investitionstätigkeit macht etwa 12% des BIP aus, und seit gut einem Jahr ist hier auch eine merkliche Belebung zu beobachten: Im III. Quartal 2016 lagen die Ausrüstungsinvestitionen real bereits um 6,7% (Trend-Zyklus-Komponente, kumuliert) höher als im Vorjahr.

Exportstärke und Leistungsbilanzüberschuss

Die ausländische Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen ist über die letzten Jahrzehnte deutlich rascher gewachsen als alle anderen Nachfragekategorien. Das ist ebenso ein Ergebnis der fortschreitenden Einbindung der österreichischen Betriebe in die europäische Wirtschaft wie der hohen Qualität ihrer Produkte. Gleichzeitig wurde die österreichische Wirtschaft aufgrund dieser zunehmenden Exportorientierung allerdings Opfer der europäischen Rezession 2009 und der darauffolgenden Stagnation bei wichtigen Außenhandelspartnern. Dies spiegelt einerseits die hohen Kosten einer verfehlten europäischen Wirtschaftspolitik, wie der Konsolidierungspolitik zum falschen Zeitpunkt und mit den falschen Mitteln, auch für die heimische Konjunktur. Andererseits kommt darin das Potenzial eines Kurswechsels in der EU auch für den Wohlstand in Österreich zum Ausdruck. Kaum wurde 2015 die Sparpolitik endlich gelockert, begann sich die Eurozone wirtschaftlich zu erholen, was zusätzlich von der Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar unterstützt wurde. Die österreichische Exportindustrie nahm die zusätzliche Nachfrage sofort dankbar auf, und ihre Produktion expandierte zügig: Das Vorkrisen-Produktionsniveau wurde Anfang 2015 übertroffen, und seither hat der Produktionsindex auch rascher zugenommen als jener der deutschen Industrie. Angesichts dieser Fakten ist es unverständlich, dass in der öffentlichen Diskussion just die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen in Frage gestellt wird.

Die Stärke des heimischen Exportsektors spiegelt sich auch in der Leistungsbilanz, deren Überschuss stetig zunimmt und 2016 mehr als 8 Mrd. Euro betrug. In diesem Überschuss kommt allerdings in gleichem Maß eine notorische Schwäche der Binnennachfrage zum Ausdruck: Österreich weist ein erhebliches und weiter steigendes Importdefizit auf. Dieses bestätigt, dass die heimische Wirtschaft unter ihren Verhältnissen lebt, deutlich mehr produziert als verbraucht und sich als nicht imstande erweist, den Exporterfolg ausreichend in Investitions- und Konsumnachfrage umzusetzen. Es mehren sich die Hinweise da-

rauf, dass die Exportgewinne zunehmend in Form von Dividenden ausgeschüttet werden und auf den Finanzmärkten verschwinden, statt sie volkswirtschaftlich gewinnbringend in höheren Löhnen und Konsumnachfrage sowie höheren Investitionen anzulegen. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften mittlerweile zum Nettosparer geworden sind.

Leichte Belebung der Konsumnachfrage

Der Anteil der Konsumnachfrage der privaten Haushalte an der Endnachfrage ist etwa gleich hoch wie jener des Exports, allerdings ist er tendenziell rückläufig. Dazu haben in den letzten Jahren vor allem die anhaltende Stagnation von Wirtschaft und Einkommen, die hohe Arbeitslosigkeit, die vor allem die Einkommenserzielungschancen für BerufseinsteigerInnen und nicht ausreichend Qualifizierte beeinträchtigte, und die Budgetkonsolidierung, die mittels höherer Steuern und niedrigerer Transfers die verfügbaren Einkommen dämpfte, beigetragen. Auch hier ist jüngst allerdings eine Belebung zu verzeichnen, nicht zuletzt weil die Budgetpolitik seit 2016 nach fünf Jahren der Konsolidierung endlich expansiv ausgerichtet ist. Das Inkrafttreten der Lohn- und Einkommensteuersenkung stärkt zusammen mit dem kräftigen Beschäftigungswachstum die Konsumnachfrage, die im III. Quartal 2016 real um gut 1% über dem Vorjahresniveau lag; die zeitverzögerte Wirkung der Steuerentlastung auf den Konsum lässt hier einen weiteren Anstieg erwarten.

EU-Fiskalregeln behindern sinnvolle Investitionen

Das Wachstum der Investitionen in Bauten bleibt deutlich hinter jenem in Ausrüstungen zurück (III. Quartal kumuliert real +2% gegenüber dem Vorjahr). Das überrascht vor allem angesichts starken Bevölkerungswachstums, das eigentlich einen raschen Ausbau der materiellen Infrastruktur nach sich ziehen sollte. Vor allem in den Ballungszentren steigt die Zahl der EinwohnerInnen kräftig und das wird auch in den nächsten Jahrzehnten so bleiben. So soll die Bevölkerung Wiens von derzeit 1,8 Mio. bereits bis 2022 auf 2 Mio. zunehmen. Eine wachsende Bevölkerung benötigt mehr Infrastruktur im öffentlichen Verkehr, sozialen Wohnbau, Schulen und Kindergärten und Energienetzen. Dies fordert den gesamten öffentlichen Sektor heraus, neben dem Bund ganz besonders auch die Städte und Gemeinden, die unter eingeschränkter Mittelausstattung seitens der Bundesländer leiden. Gleichzeitig ist das

Zinsniveau für Staatsanleihen so niedrig wie nie. Bei hohem Bedarf und günstigen Finanzierungskosten verhindern nur die europäischen Fiskalregeln das wirtschaftlich Vernünftige. Sie schränken den Spielraum der öffentlichen Hand für sinnvolle Investitionen unsinnig ein und behindern damit kurzfristig die Konjunktur ebenso wie langfristig die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

BIP pro Kopf: 27% über dem EU-Schnitt

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist der gebräuchlichste Indikator für eine Gesamteinschätzung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen im internationalen Vergleich. Es betrug in Österreich 2015 zu Kaufkraftstandards 36.400 Euro und lag damit um 27% über dem EU-Durchschnitt, zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 betrug der Abstand hingegen nur 23%. Das gibt einen klaren Hinweis darauf, dass Österreich besser durch die von Banken und Finanzmarktakteuren ausgelöste Krise gekommen ist als viele andere EU-Länder. Das Niveau des BIP pro Kopf ist das vierthöchste in der EU: Vor uns liegen Luxemburg (Stadt mit Umland und Steuerdumping), Irland (Land der steuerminimierenden Multis ohne Ertrag für die heimische Bevölkerung) und die Niederlande (einstmals gefeiertes Modell, mittlerweile Steuer-oase). Doch hier soll nicht in das beliebte Spiel des wechselseitigen Auspielens von Standorten durch medial verbreitete *Rankings* verfallen werden, denn wirtschaftlich ist es für uns nur erfreulich, wenn die Produktion bei allen Handelspartnern hoch ist. Deshalb ist es so besonders besorgniserregend, wenn die Wirtschaftsleistung bei unserem drittgrößten Handelspartner Italien seit Beginn der Finanzkrise um ein Zehntel zurückgegangen ist. Und es ist erfreulich, wenn bei unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland nach langen Jahren der Stagnation endlich die Löhne wieder anziehen und die wirtschaftliche Erholung damit an Fahrt aufnehmen kann. Dies ist wichtig für die ArbeitnehmerInnen in Deutschland, aber auch für die Handelspartner wie Österreich.

Die Belebung von Industrieproduktion und Ausrüstungsinvestitionen sowie die gemächliche Erholung der Konsumnachfrage ergeben ein relativ optimistisches Konjunkturbild für 2017; die derzeit in Umlauf befindlichen Prognosen könnten von der Realität durchaus übertroffen werden. Zwar befinden wir uns nicht in einem traditionellen Aufschwung, der Wachstumsraten von 3-4% mit sich bringen würde, denn die wirtschaftlichen Risiken vor allem im internationalen Finanz- und Bankensektor sind erheblich und die Unsicherheit ist weit verbreitet, doch die heimische Konjunktur weist derzeit klar nach oben.

Trendwende auf dem Arbeitsmarkt

Dies spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt, der eine Trendwende vollzieht. Seit dem II. Quartal 2016 steigt die Arbeitslosigkeit kaum noch, und im November ging sie erstmals gegenüber dem Vorjahr zurück, bei den registrierten Arbeitslosen um 3.600 Personen, trotz der langsam stärker werdenden Einbindung der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt weist im Bereich der Beschäftigung noch deutlich klarere Konturen auf. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten lag in den ersten elf Monaten des Jahres 2016 durchschnittlich um 51.000 über dem Vorjahreswert (+1,4%), 2015 lag der Zuwachs durchschnittlich bei 0,9%. Seit der zweiten Jahreshälfte 2015 begann auch die InländerInnenbeschäftigung wieder zuzunehmen, und seit August 2016 hat diese Zunahme deutlich an Dynamik gewonnen (+0,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Selbst die Industriebeschäftigung, die normalerweise aufgrund des kräftigen Produktivitätswachstums leicht rückläufig ist, hat in den letzten Monaten zugenommen. Besonders wichtig ist jetzt auch, dass Vollzeitbeschäftigung und Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wieder steigen.

Dennoch bleibt der Arbeitsmarkt das wichtigste Sorgenkind und spiegelt das Anhalten der Finanzkrise. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag 2016 um knapp 150.000 über dem Vorkrisenniveau von 2008, und bezieht man die arbeitslosen SchulungsteilnehmerInnen mit ein, so betrug der Anstieg sogar fast 170.000. Die markante Zunahme der Arbeitslosigkeit hatte im Wesentlichen zwei Gründe. Zum Ersten ist sie eine direkte Folge der europäischen Finanzkrise. Zwar übertraf das reale Bruttoinlandsprodukt 2016 das Niveau von 2007 um etwa 6%, es blieb aber um bis zu einem Fünftel unter einer hypothetischen Fortschreibung des Wachstumstrends 1988-2008 zurück. Wendet man die ökonomischen Faustregeln an, so hat die Finanzkrise das Entstehen von etwa 300.000 neuen Arbeitsplätzen verhindert. Der Rückschlag in der Nachfrage nach Arbeitskräften spiegelt sich weniger in der Zahl der Beschäftigten, die derzeit um gut 6% über dem Niveau von 2008 liegt und ähnlich stark wie in Deutschland gewachsen ist, sondern in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, die erst 2016 das Vorkrisenniveau wieder überschritten hat.

Zum Zweiten ist die Arbeitslosigkeit ein Ergebnis des enormen Anstiegs des Angebots an Arbeitskräften. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist seit 2008 um nahezu 250.000 (+4,4%) gestiegen, vor allem infolge der starken Zuwanderung. Die Herkunftsländer der Migration sind vor allem Deutschland, in zunehmendem Ausmaß allerdings auch Ungarn, Rumänien, Bulgarien und andere osteuropäische Länder. Dazu kommt ein merklicher – und auch wünschenswerter – An-

stieg der Erwerbsquoten: Der Anteil der über 55-jährigen, die erwerbstätig sind, hat sich innerhalb nur eines Jahrzehnts von 30% auf 45% erhöht, auch die Frauenerwerbstätigkeit steigt weiter.

Die derzeit zu beobachtende Konjunkturbelebung kann deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, dass die österreichische Wirtschaft – und noch stärker jene des Euroraumes insgesamt – die lange anhaltende Stagnation bei Weitem nicht überwunden hat. Die Wirtschaftsleistung verharrt weit unter ihrem Potenzial, fehlende Beschäftigung und stagnierende Einkommen prägen den Arbeitsmarkt, und die Quellen eines Impulses, der die expansiven Konjunkturkräfte mit einem Schlag freisetzen würde, sind nirgendwo sichtbar. Dies ist ein in nahezu allen Industrieländern zu beobachtendes Phänomen, und zunehmend wird es auch von der Wirtschaftswissenschaft aufgenommen.

Säkulare Stagnation

Paul Krugman hat die wirtschaftliche Herausforderung schon zu einem frühen Zeitpunkt der Finanzkrise als Liquiditätsfalle charakterisiert. Haushalte, Unternehmen und Finanzanleger halten das reichlich vorhandene Geld zurück, statt es nachfragewirksam auszugeben, und einer expansiv ausgerichteten Geldpolitik gelingt es in dieser Situation zwar, die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft weiter zu verbessern, aber sie ist nicht in der Lage, einen Nachfrageimpuls zu erzwingen, der die Konjunktur aus der Stagnation hebt. Richard Koo hat am Beispiel Japans vorgeführt, wie verheerend der gleichzeitige Versuch der Unternehmen, der Haushalte und des Staates wirkt, ihre krisenbedingte Verschuldung zu verringern: Er mündet in einer *balance sheet recession*, die in ein anhaltendes Unterbeschäftigungsgleichgewicht übergeht. Ben Bernankes Theorie des *savings glut* betont die überschüssigen Ersparnisse vor allem in Asien und anderen Schwellenregionen, die keine nachhaltige nachfrageseitige Verwendung in der Weltwirtschaft finden. Larry Summers gilt heute als der prominenteste Vertreter des *age of secular stagnation*. Die Industrieländer leiden seiner Interpretation nach unter einem Ungleichgewicht zwischen steigender Sparneigung und fallender Investitionsneigung, das nicht durch Zinssenkungen gelöst werden kann, sondern nur durch expansive Fiskalpolitik.

Summers greift dabei auf das keynesianische Konzept der säkularen Stagnation zurück, das Alvin Hansen in den 1930er-Jahren entwickelt hat. John Maynard Keynes selbst hat in der „General Theory“ und in den der langen Frist gewidmeten Aufsätzen aus den 1940er-Jahren dieses anhaltende Unterbeschäftigungsgleichgewicht beschrieben,

das aus permanent über den Investitionsplänen liegenden Sparabsichten resultiert. In der Stagnationstheorie gibt es auch eine wertvolle marxistische Tradition, die etwa im wichtigen, 1973 erschienen Essay von Paul Baran und Paul Sweezy „Monopolkapital“ dargestellt wurde. Schon Josef Steindl hat 1952 in „Maturity and Stagnation in the US“ die wirtschaftlichen Probleme oligopolistischer Marktstrukturen, ungleicher Verteilung und neokonservativer Wirtschaftspolitik, die nicht aktiv gegen Stagnation und Arbeitslosigkeit vorgeht, beschrieben. Bei aller Analyse der mit dem Stagnationsphänomen verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme durch die frühen Keynesianer soll aber nicht übersehen werden, dass es John Maynard Keynes war, der schon Anfang der 1930er-Jahre die wirtschaftlichen Möglichkeiten beschrieb, über die die Enkelkinder bei fortgeschrittenem technologischen Niveau, hohem Einkommen und Ersparnissen trotz stagnativer Grundtendenz verfügen würden. Das hohe Produktivitätsniveau könnte dann nicht für die Anhäufung weiteren finanziellen Reichtums, sondern für ein besseres Leben genutzt werden. Diese Keynes'schen Visionen wären möglicherweise auch mit den Postwachstumsvorstellungen der Ökologiebewegung vereinbar.

Wirtschaftspolitische Ansatzpunkte zur Überwindung der Stagnation

Aus den verschiedenen Facetten historischer und aktueller Stagnationstheorien sowie den unterschiedlichen Erfahrungen in der derzeitigen Finanzkrise ergeben sich eine Reihe von wirtschaftspolitischen Empfehlungen, die hier nur cursorisch beschreiben werden:

- Unmittelbar unterstützen die meisten ÖkonomenInnen einen kräftigen Impuls durch sinnvolle öffentliche Investitionen, die begünstigt von niedrigem Zinsniveau sowohl einen dringend benötigten kurzfristigen Nachfrageschub für die Konjunktur als auch eine Verbesserung des langfristigen angebotsseitigen Produktionspotentials mit sich bringen würden. Am weitesten gehen dabei die Überlegungen eines direkt notenbankfinanzierten Investitionsimpulses, wie sie etwa Adair Turner skizziert hat. Der Ruf nach einer koordinierten Ausweitung der öffentlichen Investitionen vor allem für die Eurozone ertönt heute von der überwiegenden Mehrheit der US- und der europäischen ÖkonomenInnen, vom Internationalen Währungsfonds und der OECD, mittlerweile bemerkenswerterweise sogar von der Europäischen Kommission. Nur in Deutschland verharren WirtschaftswissenschaftlerInnen und PolitikerInnen – reflexhaft, aber ohne inhaltliches Konzept unterstützt von ihren österrei-

chischen neokonservativen Pendanten – in ihrer orthodoxen marktgläubigen Position. Hingegen nehmen fortschrittliche WirtschaftswissenschaftlerInnen und -politikerInnen auch bei uns sowohl die konjunkturelle Unterauslastung als auch die soziale Herausforderungen rasch wachsender Bevölkerung zum Anlass, konkrete institutionelle Vorschläge für die Überwindung der Investitionsschwäche auszuarbeiten, etwa jenen einer „Goldenen Investitionsregel“ im Rahmen der EU-Fiskalvorgaben.

- Der öffentliche Investitionsimpuls zielt auch darauf ab, eine Belebung der privaten Investitionstätigkeit auszulösen und so eine starke Multiplikatorwirkung in Gang zu setzen. Dies wird allerdings wohl nicht ausreichen, um die volkswirtschaftlich sinnvollen Realinvestitionen gegenüber den oftmals schädlichen Finanzinvestitionen zu stimulieren. Dazu bedürfte es einer politischen Beschränkung der auf Finanzmärkten erzielbaren Gewinne, durch eine generelle Eindämmung der Finanzaktivitäten mittels strenger Regulierung ebenso wie einer Schlechterstellung von Gewinnausschüttungen gegenüber realen Investitionen. Das Steuersystem kann hierbei wichtige Weichenstellungen vornehmen.
- Gerade die österreichischen KeynesianerInnen haben immer wieder auf die Notwendigkeit angebotsseitiger Ergänzungen einer expansiven Nachfragepolitik hingewiesen. Man denke nur an die umfangreichen empirischen Studien Josef Steindls zum Ausbildungs- und Qualifizierungssystem aus den 1960er-Jahren oder an die Betonung der eigenständigen Technologie- und Forschungspolitik durch Teddy Prager. Forschungs- und Entwicklungspolitik kann jene Produkt- und Prozessinnovationen auslösen, die neue Wellen des Produktivitäts- und Nachfragewachstums auslösen. Österreich hat sich innerhalb von zwei Jahrzehnten vom europäischen Mittelfeld zur Spitze der forschungstärksten Volkswirtschaften hochgearbeitet, die F&E-Quote ist von 2% auf 3% des BIP gestiegen. Dabei weist Österreich mit Abstand die höchsten staatlich finanzierten F&E-Ausgaben aller EU-Länder auf. Über den technischen Innovationen darf das Potenzial sozialer Innovationen nicht vergessen werden. Kollektivverträge stellen eine der wichtigsten und erfolgreichsten Institutionen dar. In ihrem Rahmen ist es in den letzten Jahren gelungen, ganz neue Wege der innovativen Verkürzung der Arbeitszeit zu beschreiten („Freizeitoption“).
- Die Schwäche der Konsumnachfrage hat viel mit der zunehmenden Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu tun. Die kurzfristige Konsumneigung des unteren Einkommensdrittels der Haushalte liegt bei 80%, jene des oberen Drittels bei nur 40%. Jede Umverteilung von Einkommen durch Steuern und

Transfers, noch mehr aber jede Beeinflussung der Verteilung der Primäreinkommen etwa durch kollektivvertragliche Lohnpolitik oder staatliche Regulierung würde deshalb helfen, die säkulare Nachfrageschwäche zu überwinden. Vor allem müsste es darum gehen, die Vermögenseinkommen, die primär an der absoluten Spitze der Verteilung anfallen, überwiegend gespart und risikoreich auf den spekulativen Finanzmärkten veranlagt werden, einzudämmen und zugunsten der breiten Masse der Bevölkerung umzuverteilen.

- Schließlich dürfen die Keynes'schen Mahnungen aus den frühen 1930er-Jahren zur menschlichen Nutzung des hohen technologiebedingten Wohlstandes nicht ungehört verhallen. Das Niveau des wirtschaftlichen Wohlstandes ist im Durchschnitt heute in den Industrieländern so hoch, dass gerade in stagnativen Phasen viel mehr über die Form seiner gesellschaftlichen Nutzung debattiert werden muss, noch dazu wo die ökologischen Grenzen des Material- und Ressourcenverbrauchs sowie des Schadstoffausstoßes dies ohnehin nahelegen. Die Nutzung des Produktivitätsfortschritts in vermehrter Freizeit, der Ausbau sozialer Dienstleistungen im Rahmen des Sozialstaates, die Besteuerung von Vermögensbeständen und -übertragungen sowie umweltschädlicher Produktion und ebensolchen Verbrauchs zugunsten der steuerlichen Entlastung der Arbeitseinkommen wären Elemente einer Strategie, die selbst bei geringerem Wachstum der Wirtschaft ein gutes Leben für alle Menschen ermöglichen würde.